

Veröffentlicht auf

www.suedkurier.de

14. Mai 2020

Küster, S. (2020):

**„Interview: „Kalkulierte Notlüge“: Experte für
Krisenkommunikation bewertet die Corona-Politik“,**

<https://www.suedkurier.de/baden-wuerttemberg/das-war-wahrscheinlich-eine-kalkulierte-notluege-ein-experte-fuer-krisenkommunikation-bewertet-die-corona-politik-der-regierung;art417930,10515397>

Mit freundlicher Genehmigung der
SÜDKURIER GmbH, Konstanz

www.suedkurier.de

www.suedkurier-medienhaus.de

„Kalkulierte Notlüge“: Experte für Krisenkommunikation bewertet die Corona-Politik

Professor Werner Gleißner aus Leinfelden-Echterdingen kritisiert die Arbeit der Bundesregierung, erklärt, wann Lügen in der Politik legitim ist und schätzt, wie viel es den Steuerzahler kostet einen Corona-Patienten zu retten.



Jens Spahn, Bundesgesundheitsminister und Bundeskanzlerin Angela Merkel, während der Bundespressekonferenz. | Bild: Stefan Boness

VON SEBASTIAN KÜSTER

Herr Gleißner, Sie sind Experte für Risiko- und Krisenforschung. Wie bewerten Sie die Arbeit der Politik in Corona-Zeiten?

Es gab mehrere Studien der Risikoforschung, die ziemlich genau ein Pandemie-Szenario beschrieben, wie wir es heute vorfinden. Meine Bewertung fällt insgesamt nicht gut aus, weil trotz Warnungen die Vorbereitung auf Pandemien und auch andere mögliche Krisen schwach ist.

Zu Beginn der Krise sprach die Kanzlerin von Masken als Virenschleudern. Heute müssen wir sie beim Einkaufen tragen. Was ist da schief gelaufen?

Tja. Die Regierung hat zunächst betont, FFP2- und FFP3-Masken seien nicht notwendig und nicht hilfreich für den Normalbürger. Gleichzeitig sagte sie, dass die Masken in Krankenhäusern eminent wichtig sind. Es ist ziemlich offensichtlich, dass das ein Widerspruch und völliger Quatsch ist. Natürlich reduzieren diese Masken das Infektionsrisiko.



Armin Laschet mit Atemschutzmaske. | Bild: Christoph Hardt

Warum hat die Kanzlerin das dann so gesagt?

Ich glaube, dass die Aussage aus der Not heraus geboren wurde. Denn man hatte einfach viel zu wenige Masken auf Lager, um alle Menschen damit zu versorgen. Oder deutlicher formuliert: Weil man schlecht vorbereitet war. Das war wahrscheinlich eine kalkulierte Notlüge. Man wollte verhindern, dass der Normalbürger diese Masken hortet. Denn dann hätte man in den Krankenhäusern viel zu wenige Masken gehabt. Daraus hätte eine medizinische Krise entstehen können.



Professor Werner Gleißner | Bild: Thomas Ceska

▸ Das ist Professor Werner Gleißner

Werner Gleißner, Diplom-Wirtschaftsingenieur, ist Mitglied des Vorstands der Deutschen Gesellschaft für Krisenmanagement. Gleißner ist auch Vorstandsmitglied in der FutureValue Group, einer forschungs- und entwicklungsorientierten Unternehmensberatung mit Schwerpunkt im Bereich wertorientiertes, strategisches Management und Risikomanagement. Als Gründer war er zudem von 2000 bis 2007 Geschäftsführer der RMCE RiskCon GmbH, einer Beratungsgesellschaft mit Schwerpunkt im Bereich Risikomanagement und von 2008 bis 2011 leitete er die Risikoforschung der Marsh GmbH.

Also dürfen Politiker in Krisenzeiten lügen?

In diesem konkreten Fall hat sich die Bundesregierung dafür entschieden die Glaubwürdigkeit aufs Spiel zu setzen, um eine Katastrophe in den Krankenhäusern und Arztpraxen zu verhindern. Ohne Schutzausrüstung wäre die medizinische Versorgung möglicherweise kollabiert. Diese Kommunikationsstrategie zu bewerten ist nicht die Aufgabe der Wissenschaft, sondern der Ethik. Ich glaube, dass zumindest verständlich ist, wieso diese falsche Aussage zu den Atemschutzmasken zu hören war. Möglichst keine Unwahrheiten zu erzählen ist aber eine wichtige Regel der Krisenkommunikation.

Ein selbstgebasteltes Plakat mit dem Schriftzug „Corona Lüge!“ hängt an einem Zaun. | Bild: Stefan Sauer

Welche Regeln sind in der Krisenkommunikation noch wichtig?

Neben Wahrheit ist auch Ausgewogenheit wichtig, weil weder Sorglosigkeit noch Panik ausgelöst werden soll. Das ist immer eine Gratwanderung. Konkret: Wie viel gebe ich Preis, wie viel mache ich öffentlich, um auf der einen Seite Transparenz zu schaffen, aber gleichzeitig keine Panik zu verbreiten? Weil wir nicht vorbereitet waren und sind, ist nahezu alles improvisiert – auch die Kommunikation. Es gibt deshalb ein enormes Maß an Unsicherheit, wie viel man sagen kann.

Sind Sie mit der Marschroute von Bund und Ländern zufrieden?

Bund und Länder beschließen massive Einschränkungen unserer Freiheit aus der Situation heraus. Bei der hohen Unsicherheit über Verlauf und Letalität von Covid-19 und der anfangs rasant steigenden Zahl der Infizierten war dies sinnvoll und man hätte eher früher reagieren sollen.

Das hat man verpasst. Was würden Sie der Politik jetzt raten?

Man sollte dringend eine quantitative Analyse zu volkswirtschaftlichen und gesundheitlichen Risiken erstellen, um auf dieser Grundlage die Verhältnismäßigkeit von Maßnahmen zu diskutieren.

Ist das überhaupt möglich mit so wenig Daten?

Es ist unsere Aufgabe in der Risikoforschung aus unvollständigen und unsicheren Daten die besten Schlussfolgerungen zu ziehen. Ich glaube aber mittlerweile, dass man manche Informationen gar nicht sehen will.

Was meinen Sie damit?

Dass man die Auswirkungen der Krise nicht so konsequent untersucht, weil offensichtlich würde, dass Maßnahmen der Pandemiebekämpfung oder der Lockerung einfach ziemlich willkürlich sind und manche Maßnahmen bei besseren Daten noch mehr kritisiert würden.

Das wäre unverantwortlich.

Mein Eindruck ist, dass viele Politiker gerade versuchen, weitere Konflikte und Diskussionen zu vermeiden, die durch mehr Transparenz entstehen würden. Intransparenz kann helfen, Probleme zu verbergen und den Spielraum für mehr oder weniger willkürliche Maßnahmen zu erhöhen. Man kann eher das tun, was bei Wählern gut ankommt, egal wie sinnvoll die Maßnahmen sind. Ich halte das für einen schlechten Weg, weil das unnötig hohe Kosten und Gesundheitsrisiken zur Konsequenz hat.

Was wäre das Ergebnis dieser Analyse?

Eine Risikoanalyse zeigt basierend auf dem aktuellen Wissenstand Bandbreiten der Zukunftsentwicklung, keine Einzelszenarien, die sowieso nicht eintreten werden. So kann man Korridore für den ökonomischen Schaden und die gesundheitlichen Folgen alternativer Maßnahmen gegenüberstellen. Man sieht dann auch: Wie viel Euro setzt man ein, um ein Menschenleben für ein Jahr zu verlängern? Das kann man berechnen. Das führt natürlich auch zu unpopulären Aussagen und diese würden Diskussionen auslösen. Deshalb möchte man das wahrscheinlich nicht sehen.

Was würden diese Berechnungen ergeben?

Wenn ich zum Beispiel davon ausgehe, dass im Gesundheitswesen bis zu 100.000 Euro ausgegeben werden, um das Leben eines Krebspatienten um ein Lebensjahr zu verlängern, könnte man das in Relation dazu setzen, wie viel volkswirtschaftlichen Schaden man akzeptiert, um in der [Corona-Krise](#) ein Lebensjahr zu retten. Wir haben eben noch keine fundierten Analysen, aber eine Bandbreite in der Größenordnung von einer halben Million Euro könnte man durchaus feststellen.

Solche Zahlen würden unweigerlich dazu führen, dass Menschen die Strategie und Angemessenheit der Maßnahmen hinterfragen. Man darf nicht vergessen: wir haben begrenzte volkswirtschaftliche Ressourcen und diese sind daher bestmöglich einzusetzen. Sonst erhält man unnötig hohe Kosten bei der Bekämpfung der Pandemie und wohl zugleich unnötig viele Todesfälle durch das Virus. Derzeit haben wir ausreichend viel Nebel in der Debatte, um nicht alle unangenehmen Dinge zu hinterfragen und auf den Tisch zu legen.

Ist das Ihrer Meinung nach der richtige Weg?

Wir Wissenschaftler können Daten auswerten und Handlungsmöglichkeiten nennen und helfen zu bewerten. Die Politik entscheidet, wie sie Dinge dann handhabt. Aber: Durch eine Mischung aus fehlender Krisenvorbereitung, Unsicherheit im Krisenmanagement und der Sorge davor, dass manche Dinge in der Öffentlichkeit negativ auffallen könnten, werden Daten nicht systematisch genug erhoben, die eigentlich relevant wären.

Bis auf eine vollkommene Ausgangssperre hat die Politik nahezu alle Register gezogen, um die Pandemie in den Griff zu kriegen. Viel Spielraum gibt es aber nicht mehr, um einer viel schlimmeren Pandemie verhältnismäßig zu begegnen.

Also im Vergleich zu anderen Ländern war die Reaktion in Deutschland noch relativ moderat, aber doch mit gravierenden Wirkungen auf Freiheit und Wirtschaft. Und um die Verhältnismäßigkeit zu beurteilen, braucht es eine Risikoanalyse. Wir brauchen in Deutschland für ähnliche Krisen speziell ein abgestuftes Modell, das uns bei aller nötigen Flexibilität hilft bei einer konkreten Bedrohungslage verhältnismäßig zu reagieren. Angemessen aber auch nicht übertrieben. Also: Bei einer Bedrohungslage „X“ sind diese Maßnahmen sinnvoll, andere gehen zu weit. Was grade passiert, ist ausschließlich improvisiertes Reagieren.

Stehen Sie mit der Politik im Austausch?

Aktuell nicht. Wenn Sie sich mit dem Thema Risiko an die Politik wenden, war das Interesse in der Vergangenheit gleich null. Aber wir wollen es weiter versuchen.

Haben Sie Hoffnung, dass Ihre Zunft nach der Pandemie mehr gehört wird?

Meine Hoffnung ist, dass die Politik und wir alle die Krise auch als Chance wahrnehmen und daran denken: Wir haben Glück im Unglück. Man muss sich auf schwere Krisen, die fast jedes Jahrzehnt einmal vorkommen, besser vorbereiten. Wir brauchen einen robusteren Staat, der auf ein breites Spektrum von Krisen vorbereitet ist, beispielsweise durch personelle Ressourcen der Krisenbewältigung, Reduzierung kritischer Anhängigkeiten, weiter hoher Bonität und eine adäquate Vorratshaltung bei kritischen Gütern, siehe Atemschutzmasken. Es geht letztlich um ein Investment in mehr Sicherheit.